

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland



Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freiliegend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Märk.). Fernsprecher Nr. 17. Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes. Mittwoch: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.

Anzeigenpreis: Die sechsgepaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegepaltene Restzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdrucker J. Särchen, Baruth (Märk.). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden. Sonnabende: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 152

Donnerstag, den 20. Dezember

1928

Außerordentliche Ratsstgung in Paris?

oder: Wird Briand Vermittler im südamerikanischen Kriege?
Berlin. Die Frage, in welcher Weise der Völkerbundrat in den Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay vermittelnd eingreifen könnte, ist noch nicht geklärt. In der Berliner diplomatischen Welt ist eine Sitzung des Völkerbundrates in Berlin besprochen worden, die die Meinung der Mitglieder des Völkerbundrates telegraphisch einzuholen, so daß dann auf Grund dieses Meinungsaustausches der Völkerbundrat, der französische Außenminister Briand, seine Vermittlerrolle aufnehmen könnte. Dieser Vorschlag ist auch in früheren Fällen bereits besprochen worden. Sollte es jedoch zu einer Pariser außerordentlichen Ratsstgung kommen, so würde entweder der Staatssekretär von Schuberth nach Paris fahren oder, was als wahrscheinlicher erscheint, der deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, beauftragt werden, den Standpunkt der deutschen Regierung im Völkerbundrat darzulegen.

Bolivianisches Schießverbot an die Truppen.

Genf. Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat ein Telegramm des bolivianischen Außenministers, Clio, erhalten, worin letzterer mittelst, daß seine Regierung ihren Truppen besessene Haltung anbefiehlt und jeden Angriff verbietet. Der Minister verweist dabei auf die Mobilisierung der Altersklassen vom 18. bis zum 28. Lebensjahre in Paraguay.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, der Direktor der Politischen Abteilung und mehrere politische und andere Beamte sind nach Paris gefahren, um mit Briand als dem derzeitigen Präsidenten des Völkerbundrates zu beraten. Der französische Außenminister ist in Paris eingetroffen. Der Generalsekretär hatte in Genf noch eine Aussprache mit dem Geschäftsführer Bolivians in Bern, der zu diesem Zweck nach Genf gekommen war.

Interentionsmöglichkeiten im südamerikanischen Konflikt

werden vorläufig beurteilt. Man spricht von Hoover und dem spanischen König. Was den Völkerbund anlangt, ist die Sache außerordentlich schwierig. Selbst wenn die Völkerbundratsorgane die wichtigste Waffe des Völkerbundes, für ihn selbst weniger gefährlich wäre — ganz besonders in Amerika ist sie gefährlich —, gestützt die Lage der beiden streitenden Länder, da sie keine Meeresküste haben, keine Seeblockade, was übrigens auch die Intervention der Vereinigten Staaten erschwert. Der Völkerbund kann aber auch seine Vermittlerrolle gerade in der strittigen Gegend niemand übertragen: Brasilien freit dem Völkerbund ausgetreten, Argentinien freit dem Völkerbund gegenüber immer vollständiger, und Chile hat selbst seit vielen Jahren den bekannten Konflikt mit Bolivien, woran auch Peru beteiligt ist. So hätte ein Eingreifen des im übrigen sehr völkerbundtreuen Chile, das auch im Völkerbund vertreten ist, einen unmöglichen Charakter für Bolivien, dem es übrigens viele Völkerbundmitglieder überlassen hat, daß es selbst seit sechs Jahren sich vom Völkerbund ferngehalten hat.

Eingreifen der A.B.C.-Staaten.

New York. Argentinien, Brasilien, Peru und Chile haben gemeinsam einen scharfen Druck auf Bolivien und Paraguay aus und drohen die Blockade im Kriegsstadium an. Bolivien soll nunmehr bereit sein, innerhalb der nächsten 48 Stunden eine Vermittlung anzunehmen. Der künftige amerikanische Präsident Hoover werte, wie verlautet, auf Argentinien ein und veranlaßte es, ein gemeinsames Vorgehen der vier südamerikanischen Staaten in obiger Weise aufzuheben zu bringen.

Paraguay erobert Forts zurück.

30 000 Mann unter Waffen.
Nach Berichten aus Muncion (Paraguay) ist innerhalb der letzten 24 Stunden ein Heer von 30 000 Mann gegen Bolivien mobilisiert worden. Drei Truppenkommandos sind mit Truppen nach dem Norden abgegangen. Der Kriegsminister hat die Bevölkerung durch öffentlichen Anschlag aufgefordert, sämtliche Waffen an die Regierung unerschütterlich abzuliefern. Der Kongreß wurde zu einer Sonderstgung zwecks Beratung über die zu ergreifenden Maßnahmen einberufen. Die paraguayischen Truppen haben drei von den vier Forts, die die Bolivianer eingenommen hatten, zurückerobert. Der Befehlshaber der paraguayischen Streitkräfte berichtet über die Kämpfe, daß

bei der Wiedereroberung der Forts viele bolivianische Soldaten und eine große Anzahl eingeborener Indianer getötet wurden. Ein bolivianisches Flugzeug warf wiederholt Bomben auf gemessene Truppen. Aus Paraguay wird gemeldet, daß sich die Mitglieder der amtlichen französischen Luftmission freiwillig für den Kriegsdienst in der paraguayischen Armee gemeldet haben.

Sollte die letzte Meldung aus Paraguay zutreffen, so ergäbe sich die geradezu groteske Lage, daß sich französische Offiziere — um solche handelt es sich zweifellos — zur selben Zeit dort zum Kriegsdienst melden, in der ihr Außenminister mit dem Eintreten des Völkerbundes „droht“.

Afghanistan fällt von Amanullah ab.

Der König in seinem Fort von Flugzeugen beschossen.

Nach Meldungen aus Teheran, die bei der persischen Regierung eingelaufen sind, hat sich die Lage Amanullahs wieder verschlechtert. Die Versuche, neue Truppen zu sammeln, die ihm treu sind, sind ergebnislos verlaufen. Amanullah besitzt nicht genügend Gewalt, die Forts von Kabul von den aufständischen Truppen zurückzuerobern. In Kabul selbst soll vollkommene Ruhe herrschen.

Die Aufständischen haben das Fort, in dem sich König Amanullah und die Königin aufhalten, in der Nähe von Kabul, durch Flugzeuge beschossen. Die Regierung hat einen Aufruf an das Volk erlassen, in dem sie verlangt, daß sich alle Männer zu der Waffen melden und die Aufstandsbe- wegung bekämpfen sollen.

Der Aufstand in Erbilien?

Die Lage in Afghanistan wird in London mit großer Sorge verfolgt. Die Folge der Aufständischen in der unmittelbaren Umgebung von Kabul, haben bereits die Sicherheit der ausländischen Vertreter in der afghanischen Hauptstadt in Frage gestellt. Die Revolte hat nicht mehr den Charakter von Erhebung einzelner Stämme. Die indische Regierung hat alle Vorbereitungen für eine Fortschreibung der britischen Interessen in Kabul getroffen, wenn sich dies im Verlauf der weiteren Entwicklung als notwendig erweisen sollte.

Nach einer Mosauer Meldung aus Kabul befindet sich der Aufstand in Afghanistan in Erbilien. Den Aufständischen, die Dschalalabad umzingelt hatten, ist es nicht gelungen, die Stadt einzunehmen. Zur Zeit finden zwischen Vertretern der Regierung und den Aufständischen Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeiten statt. In Regierungskreisen ist man bestrebt, dem Aufstand nunmehr ohne Blutvergießen ein Ende zu machen, zumal die Aufständischen ein Opfer fremder Einflüsse geworden sind. Ohne Rücksicht auf die Verhandlungen ergreift die Regierung weitere energische Maßnahmen zur schnellen Unterdrückung des Aufstandes. In Kabul werden größere Truppenteile zusammengezogen. Es treffen Freiwillige der Bergstäme in Kabul ein. Die Lage der Regierung ist fest.

Die afghanische Gesandtschaft in London stellt die Meldung in Abrede, nach der das Heer sich gegen den König gewendet habe, und dieser sowie die Königin in ein Fort geschloßt seien.

Abchluß der Reparationsvorverhandlungen.

Am Montag hat eine Besprechung zwischen dem deutschen Botschafter in Paris, v. Hoesch, und Poincaré stattgefunden, die sich auf die Einberufung der Sachverständigenkonferenz bezog. Der Meinungsaustausch soll angeblich eine Annäherung der Ansichten Deutschlands und Frankreichs gebracht haben.

Die Einzelheiten sind im Augenblick in Berlin noch nicht bekannt. Vermutlich wird aber die deutsche Regierung sich damit einverstanden erklären müssen, daß die Reparationskommission einberufen werden, und daß nur Poincaré seine Sachverständigen selbst ernennen kann. Die Einsetzung an die Vereinigten Staaten wird wahrscheinlich gemeinsam von der Reparationskommission und von Deutschland ergehen. Ganz unklar scheint noch die Formierung über die Auftragserteilung für die Sachverständigen zu sein, auf die es natürlich in Wirklichkeit ankommt.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen abermals vertagt.

Warschau. Nach einseitigem Aufenthalt des Führers der deutschen Handelsdelegation, Ministers A. D. Hermes, in Warschau, wurden die weiteren deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen bis nach Neujahr vertagt. Längere Unterredungen fanden mit dem Vertreter der polnischen Regierung und dem Führer der polnischen Delegation, Minister Zardowski, statt, wobei lediglich ein Meinungsaustausch über die Fortsetzung der Verhandlungen erfolgte. In der Zwischenzeit wollen die beiden Regierungen Gelegenheit nehmen, das Material zu prüfen und zu weiteren Verhandlungen Stellung zu nehmen.

Grenzlanddebatte im Preussischen Landtag.

26. Sitzung, Montag, den 17. Dezember.

Im Preussischen Landtag kam es bei der Beratung mehrerer Anträge zugunsten der Grenzmark zu einer ausgiebigen Grenzlanddebatte. Der Nationalsozialist Kube sah nur in einer gesteigerten Siebung die Möglichkeit, dem Osten Preußens zu helfen. Die Einfuhr polnischer Landarbeiter müsse verboten und statt dessen das Deutschtum im Osten gefördert werden. Abg. E. von Harbt (Wirtschaftspartei) verlangte eine gerechte Verteilung der ausgeworfenen Mittel. Die amnestierten Paradenlager in Schneidemühl müßten durch bessere Einrichtungen ersetzt werden. Das Verkehrsnetz bedürfe dringend der Verbesserung, auch müsse die Reichsbahn rasch dem Osten entgegenkommen. Ganz besonders schwer würde die Verlegung der Garnison aus Jülich empfinden. Die Folge dieser Maßnahme werde eine weitere Ausbreitung des Bolschewismus in der Grenzmark sein. Was man durch diese Garnisonverlegung spare, werde an Wirtschaft und Deutschtum eingestiftet. Notwendig sei ein Einheitsprogramm zwischen Reich und Staat.

Grenzlandnot sei im wachsten Sinne deutsche Not.

Abg. Bieker (Deutsche Fraktion) forderte eine grundlegende Änderung der Wirtschaftspolitik; ohne sie könne auch dem Osten nicht geholfen werden. Abg. Krüger-Brandenburg (Soz.) meinte, die Zustände in den Grenzgebieten seien nicht nur Folgen des verlorenen Krieges, vielmehr seien sie auf Verfallnisse der Vorkriegszeit zurückzuführen. Ganz besonders sei das Volkshauswesen zurückgefallen. Das große Ziel müsse sein, im Osten einen lebendigen Schulwall des Deutschtums zu schaffen.

Abg. Frau Dr. Spöhr (Nat.) wünschte besonders Verbesserung der Bahnverbindungen in den gefährdeten Grenzgebieten. Abg. Pilske (D. W.) wies darauf hin, daß erst die Befahren für das Deutschtum entstehen würden, wenn man die Grenzgebiete nicht ausreichend mit Fürsorgemaßnahmen bediene. Abg. Riedel (Dem.) erklärte, es sei außerordentlich zu beklagen, daß für die nationale Sache der Grenzlande weder im Reich noch in Preußen außerordentliche Mittel vorgezogen

sind. Der Redner polemisierte gegen die Wirtschaftspartei, die das notwendige Interesse für die östlichen Grenzgebiete vernachlässige. Abg. Malloch (Cent.) begrüßte die Antikindigung von Grenzmitteln durch den preussischen Ministerpräsidenten. Die Ausschussbeschlüsse wurden angenommen, während die vorliegenden Petitionen an die Ausschussberatung zurückverwiesen wurden.

Es folgte die Beratung des Berichts des Landwirtschaftsausschusses zu dem sozialdemokratischen Antrag über die Schaffung und Erhaltung von Uferwegen

an den Seen in der Umgebung der Großstädte. Danach wird das Staatsministerium ersucht, der erholungsfördernden Bevölkerung die Benutzung der Seeufer zu Sport- und Badezwecken durch Schaffung hinreichend breiter Uferpromenaden zu ermöglichen. Abg. Waguhn (Soz.) trat für die unveränderte Annahme des Antrages seiner Partei ein.

Der Ausschussantrag wurde schließlich angenommen. Es folgte ein Bericht des Hauptauschusses über die Förderung der Notstandsarbeiten in den östlichen Provinzen.

so, insbesondere in Obergpöhlen. Dabei wird ein Antrag gestellt auf Frachtermächtigungen und auf Wiederinbetriebsetzung stillgelegter Metallwerke. Die Regierung wird ersucht, anzustreben, daß die vom polnischen Staat an das Deutsche Reich für die Chorzower Eisenwerke zu zahlende Entschädigung zum Wiederaufbau der oberstehtlichen Wirtschaft verwendet wird. Nach kurzer Aussprache vertagte sich das Haus auf Dienstag.

Sachsen klagt gegen das Reich.

Die Eisenbahnabfindungsfrage vor dem Staatsgerichtshof.

Dresden. Im Jahre 1920 sind bekanntlich die Länderereignisse an das Reich übertragen worden. Die für die sächsische Staatsbahn vom Reich zu leistende Entschädigung hierfür beziffert sich auf 2 Milliarden Mark, von welcher Summe bisher ein sogenanntes Restkaufgeld von etwa 865 Millionen Mark offen gelassen ist. Da die wegen Befristung dieses Restkaufprühens gestifteten Verhandlungen bisher zu keinem Ergebnis geführt haben und das Land Sachsen bei seiner Finanzlage nicht länger auf die ihm vertragsmäßig zustehenden erheblichen Einnahmen verzichten kann, außerdem aber die Befristung von Zinsansprüchen mit Ablauf dieses Jahres drängt, hat die sächsische Regierung nunmehr Klage beim Staatsgerichtshof auf Feststellung der Verpflichtungen des Reiches erhoben. Sachsen verlangt Aufwertung des Restkaufgeldes und Tilgung der zu 4 Prozent zu verzinsenden angewerteten Schuld in 30 Jahren.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes wird natürlich auch für die anderen Länder mit früherem Eisenbahnbesitz von großer Bedeutung sein.

Der Mörder Freyhants zum Tode verurteilt.

Brandenburg a. S. Im Montag abend verurteilte der Vorsitzende Landgerichtspräsident Dr. Westermann das Urteil gegen den des Mordes an dem Brauereibesitzer Freyhant angeklagten Arbeiter Willy Schmidt: Der An-